



Keine Ortszeitung, aber Informationen, die Sie haben sollten!

30. Juni 2015

## Fördermittel des Landes nutzen!

Der Brandenburger Landtag hat am 12. Juni 2015 mit den Stimmen der SPD und der LINKEN den Doppelhaushalt 2015/16 beschlossen. Der Haushalt stellt Finanzmittel zur Verfügung, die auch der Entwicklung unserer Gemeinde dienen könnten.

Neben den regelmäßigen Zuweisungen für die Kommunen enthält der Doppelhaushalt für das Jahr 2016 ein kommunales Investitionsförderprogramm von insgesamt 230 Mio. €:

- 100 Mio. € für den Straßenbau (vor allem für Ortsdurchfahrten)
- 80 Mio. € für die Förderung kommunaler Bildungsinfrastruktur
- 35 Mio. € zur Verbesserung der kommunalen Verkehrs- und Feuerwehrinfrastruktur und
- 15 Mio. € für Investitionen in Freizeit- und Sportstätten.

Für unsere Gemeinde kann das finanzielle Hilfe bei wichtigen Investitionen bedeuten, wie z. B. Fördermittel für die Erweiterungen der Grundschulen in beiden Ortsteilen, Mittel für unsere Freiwilligen Feuerwehren und für gemeindlich genutzte Sportanlagen.

Über dieses besondere Förderprogramm hinaus stellt die Landesregierung mit diesem Haushalt Mittel für 100 zusätzliche Stellen von Schulsozialarbeitern den Kommunen zur Verfügung. Mit diesem Geld haben wir die Möglichkeit, für unsere Grundschulen wenigstens je eine halbe Stelle beim Landkreis zu beantragen. Die bisherigen jeweils 10 Wochenstunden pro Schule decken bei Weitem nicht den Bedarf.

Im Rahmen der im Dezember 2014 vom Landtag beschlossenen Pflegeoffensive sind im Doppelhaushalt 1,4 Mio. € zur Unterstützung pflegender Angehöriger durch Beratung und Schulung sowie der lokalen professionellen und ehrenamtlichen Akteure bezüglich Beratung, Fachaustausch und praktischer Hilfe beim altersgerechten Gestalten der Sozialräume eingestellt.

In diesem Zusammenhang muss endlich unsere mehrfach vorgetragene Forderung nach sozialer Beratung vor Ort realisiert werden. Angesichts der Prognose, dass der Pflegebedarf in Brandenburg bis 2030 um 70% steigen wird, ist es dringend notwendig, mit Hilfe von Landes- und Kreiszuwendungen eine Beratungsstelle in unserer Gemeinde einzurichten, die pflegenden Angehörigen dabei hilft, im Dickicht gesetzlicher Bestimmungen Unterstützung und Entlastung beantragen zu können.

Klaus Körner, Fraktionsvorsitzender

## Ausbau L 33 (Altlandsberger Chaussee)

### Protestaktionen gehen weiter

Mehr als 60 Teilnehmer, darunter viele Anwohner und Nutzer dieser Straße, Kerstin Kaiser (MdL), Gemeindevertreter sowie Vertreter der Gemeindeverwaltung demonstrierten am 28. Mai erneut dafür, diese Straße und ihre Nebenanlagen endlich auszubauen. Unterstützt durch Ordner und von der Polizei begleitet, begaben sich die Demonstranten mit selbstgefertigten oder gedruckten Plakaten entlang der Straße bis zum Haus Bötzsee. Zu Fuß, per Rad und sogar mit dem Rollator war hautnah zu erleben, welche Gefahr diese Straße für ihre Nutzer darstellt.

Die L 33 im Ortsteil Eggersdorf wurde vom Land wegen ihrer Frequentierung und ihres baulichen Zustandes mit Dringlichkeit 4,5 eingestuft. Das bedeutet, es gibt in ganz Brandenburg nur noch eine einzige Ortsdurchfahrt einer Landesstraße, die noch stärker befahren ist. Dieser Zustand ist seit Jahren in Potsdam bekannt.

Viel Zeit und Geld wurde für Planungen aufgewendet. Trotzdem soll mit dem Ausbau erst in mehreren Jahren begonnen werden (siehe Briefwechsel). Das ist nicht nachvollziehbar. Wer hatte da die bessere Lobby?

Für einen zeitnahen Ausbau der Altlandsberger Chaussee werden wir wohl noch öfter zur Demo gehen müssen. Dann machen wir das eben!

Wilfried Hertel, Vorsitzender der Basisorganisation

## OFFENER BRIEF an die Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg, Frau Schneider

Petershagen/Eggersdorf, den 28.05.2015

Sehr geehrte Frau Ministerin,

In den Planungs- und Bauprojekten, Landesstraßen 100 Mio. € – Programm 2015 bis 2019, ist für die L33 OD in 15345 Eggersdorf der Baubeginn für 2019 geplant. Wir fordern sie auf, die Planungen zu beschleunigen und bereits 2016 zu beginnen.

Seit über 20 Jahren wird an der Planung und dem Ausbau der Straße gearbeitet. Dieser Vorlauf und die vorhandenen Daten und Informationen sollten für eine schnellere Umsetzung der Planung und des Ausbaus genutzt werden.

Die Straße ist die am zweitstärksten befahrene Landesstraße, die dringend ausgebaut werden muss, da sie in vielen Bereichen keine oder unzureichend nutzbare Geh- und Radwege sowie keine Querungshilfen besitzt, wie z. B. zum Erreichen des erst neu entstandenen barrierefreien Strandbades am Bötzsee.

Die Zunahme des Autoverkehrs und die damit verbundenen Gefahren für alle sollten bei der Vorverlegung des Baubeginns beachtet werden.

...

Wilfried Hertel



LAND BRANDENBURG

Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung | Postfach 88 11 81 | 14411 Potsdam

Herrn Wilfried Hertel  
Wilhelm Pleck Straße 19  
15370 Petershagen/Eggersdorf  
OT Petershagen

Potsdam, 11.06.2015

Ausbau der L 33 in der Ortsdurchfahrt Eggersdorf  
Ihr Schreiben vom 28.05.2015

Sehr geehrter Herr Hertel,

Frau Ministerin Schneider bedankt sich für Ihr Schreiben und hat mich gebeten zu antworten.

Aufgrund des schlechten Zustandes der Fahrbahn und der unzureichenden Nebenanlagen bitten Sie in Ihrem Schreiben um einen zeitnahen Baubeginn.

Ich kann Ihnen versichern, dass auch für die Straßenbauverwaltung des Landes der Ausbau der L 33 in der Ortsdurchfahrt Eggersdorf wichtig ist. Die notwendigen Planungsabläufe müssen jedoch eingehalten werden und nehmen eine gewisse Zeit in Anspruch.

Auf der Grundlage des vorhandenen technischen Entwurfes wurden die Unterlagen für das notwendige Baurechtsverfahren (Planfeststellungsverfahren) erarbeitet und bei der zuständigen Behörde eingereicht. Auf die Dauer des Verfahrens hat die Straßenbauverwaltung keinen Einfluss. Nach Vorliegen des Baurechtes ist vorgesehen die Bauvorbereitung, d.h. die Ausschreibung und Vergabe, zu veranlassen.

Ich bedaure Ihnen derzeit keine kurzfristige Lösung anbieten zu können.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

Iris Kralack

Zitat aus dem Antwortbrief:

**"Ich bedaure Ihnen derzeit keine kurzfristige Lösung anbieten zu können."**





Fotos: DIE LINKE



## TTIP – nur etwas Bürokratie oder das Aus für kommunale Selbstverwaltung?

v. Kerstin Kaiser (MdL), europapolitische Sprecherin der Fraktion

Marktfreiheit, Konkurrenzfähigkeit und Maximalprofit für weltweit agierende Konzerne – das sind die Motive für das geplante trans-atlantische Partnerschaftsabkommen (*Transatlantic Trade and Investment Partnership*, kurz TTIP). Dieses umfassende Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA sollte hinter verschlossenen Türen verhandelt und dann in allen betroffenen Staaten zwingend durchgesetzt werden. Sieht so transparentes Handeln unserer Bundesregierung und der EU aus?

Für das TTIP sollen alle politischen Zäune fallen. In den Verhandlungsleitlinien steht: „Die sich aus dem Abkommen ergebenden Pflichten werden auf allen staatlichen Ebenen bindend sein.“ **Beunruhigt äußern sich Kommunen gegen solche Pläne, Macht undemokratisch in fremde Hände zu geben.** Da geht es zum Beispiel um die künftige Pflicht zur Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen und den Ausschluss jeglicher Rekommunalisierung. Das würde bedeuten, dass wir Energie- und Wasserversorgung, Wohnungsbau, Schulen, Theater, Busse und Straßenbahnen auf den freien Finanzmarkt werfen müssten, sonst drohen Klagen vor nicht-staatlichen Schiedsgerichten im Ausland. Die jetzt üblichen demokratischen Regelungen von Gemeinschaftsaufgaben werden drastisch eingeschränkt und Kommunalvertreter zu Zuschauern degradiert.

Dagegen haben inzwischen mehr als 2,2 Mio. Menschen die europäische Bürgerinitiative „Stop TTIP und CETA“ (*Comprehensive Economic and Trade Agreement*, ein europäisch-kanadisches Freihandelsabkommen) unterzeichnet.

Nach Tumulten verschob das Europäische Parlament am 10. Juni seine Debatte und die Abstimmung zum TTIP. Das ist ein Erfolg für die Anstrengungen der Anti-TTIP-Bewegung, die unermüdlich die Gefahren des Abkommens für Menschen und die Demokratie aufzeigt, welche durch intern bereits ausgehandelte Regelungen bestehen.

Zum Weiterlesen:

[www.fair-handeln-statt-ttip.de](http://www.fair-handeln-statt-ttip.de) • [www.stop-ttip.org](http://www.stop-ttip.org) • [www.kerstin-kaiser.eu](http://www.kerstin-kaiser.eu)

# LOHNDUMPING BEI DER POST STOPPEN!

Sie haben heute keine Post bekommen? Bedanken Sie sich beim Chef der Deutschen Post AG. Es ist ein Skandal, wie der weltgrößte Logistikkonzern mit seinen Beschäftigten umgeht. Während immer höhere Gewinne an die Aktionäre ausgeschüttet werden, werden die Löhne zusammengestrichen. Tarifverträge werden gebrochen und immer mehr Arbeitsverträge befristet, weil befristete Beschäftigte erpressbarer sind. Ziel der Post AG ist es, zigtausende Beschäftigte in neue Tochterunternehmen auszugliedern, in denen sie bis zu 20 Prozent weniger verdienen. Tausende Beschäftigte stehen vor der Wahl: Entweder happige Lohnkürzungen oder bald arbeitslos – friss oder stirb!

Dieses erpresserische Lohndumping darf nicht hingenommen werden. Deshalb streiken nun die Beschäftigten bei der Post. Doch das Management setzt Beamte und Hilfsarbeiter als Streikbrecher ein.

Als größte Einzelaktionärin muss die Bundesregierung verhindern, dass die Post AG zur Vorreiterin in Sachen Lohndumping und Streikbruch wird. DIE LINKE fordert:

- hohe Strafen für Unternehmen, die Streikbrecher einsetzen;
- ein Veto-Recht für Betriebsräte gegen Outsourcing;
- die Abschaffung sachgrundlos befristeter Arbeitsverträge sowie
- die Rücknahme der Privatisierung der Deutschen Post AG.



[www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG

Stand: 01.06.2015. Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.  
V.i.S.d.P. Sahra Wagenknecht, Dietmar Bartsch, Fraktion DIE LINKE, im Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

ac erscheint ohne feste Reihenfolge.  
Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Haftung übernommen. Der Herausgeber behält sich Veröffentlichungen, ggf. in sinnwährenden Auszügen vor.

Hinweise und Informationen richten Sie bitte an:

Thomas Kraatz      Wolfgang Zielke  
Elbestr. 5          Bötzeestr. 120 b  
15370 Petershagen    15345 Eggersdorf

